

Brandenburg: Menschen verlieren das Vertrauen in die Pflegeversorgung

- **Aktuelle Allensbach-Umfrage im Auftrag der DAK-Gesundheit zeigt Erwartungen an große Pflegereform**
- **44 Prozent der Befragten in Brandenburg rechnen in Zukunft mit schlechterer Versorgung**
- **DAK-Landeschefin Anke Grubitz fordert strukturelle Neuausrichtung der Pflegeversicherung**

Potsdam, 16. Februar 2026. In Brandenburg gibt es einen großen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Pflegeversorgung: Zwei Drittel der Menschen bewerten die Pflegesituation derzeit als nicht oder gar nicht gut. 44 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung innerhalb der nächsten zehn Jahre. Das geht aus einer aktuellen repräsentativen Umfrage durch das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der DAK-Gesundheit hervor. Diese zeigt die Erwartungen der Menschen in Brandenburg an Politik und Pflegereform auf: 92 Prozent der Befragten fordern, dass die Pflege in Deutschland „für alle bezahlbar“ werden müsse. Hohe Kosten für die Pflege im Heim werden als eines der zentralen Probleme benannt. Ende 2025 hatte die von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken eingesetzte Bund-Länder-Kommission „Zukunftspakt Pflege“ ihre „Roadmap“ für die angekündigte große Pflegereform vorgelegt.

„Unser DAK-Pflegereport zeigt eine große Verunsicherung der Bevölkerung in Brandenburg“, sagt Anke Grubitz, Landeschefin der DAK-Gesundheit. „Die Ergebnisse der Allensbach-Befragung sind ein Weckruf an die Politik in Bund und Ländern. Das Vertrauen der Menschen in die Pflege muss gestärkt und die bekannten Probleme in der Finanzierung und Versorgung müssen gelöst werden. Wir brauchen jetzt eine Reform mit einer strukturellen Neuausrichtung der Pflegeversicherung, die die Menschen in Brandenburg ausreichend, verlässlich und bezahlbar absichert.“

Für den DAK-Pflegereport hatte das Institut für Demoskopie Allensbach gemeinsam mit Studienleiter Prof. Dr. Thomas Klie bundesweit rund 4.400 Menschen zwischen 16 und 75 Jahren befragt, davon knapp 250 in Brandenburg. Die Ergebnisse zeigen die Erwartungen, Ängste und Herausforderungen der Bevölkerung auf. Demnach sehen 76 Prozent der

Befragten in Brandenburg die Finanzierung der Pflegeversicherung als nicht gesichert an.

Große Sorge um verlässliche Pflegeversorgung

Die Mehrheit der Menschen in Brandenburg sieht die Pflegeversorgung gefährdet: 66 Prozent der Befragten empfinden diese als nicht gut oder gar nicht gut. 44 Prozent gehen davon aus, dass sich die Situation in den kommenden zehn Jahren weiter verschlechtert. Wie im Bund sehen die Befragten in Brandenburg die größten Probleme im Bereich der Finanzierung: 73 Prozent der Befragten nennen an erster Stelle die hohen Kosten für Pflegebedürftige und ihre Familien bei stationärer Pflege. Ebenso viele bewerten Personalmangel und fehlende Pflegekräfte als größtes Problem. Es folgt mit 68 Prozent die Finanzierung des gesamten Pflegesystems.

Bevölkerung fordert bezahlbare Pflege

92 Prozent sehen es als wichtigstes Ziel, die Pflege für alle Menschen bezahlbar zu machen. 83 Prozent erwarten eine langfristige Sicherung der Finanzierung. Für 80 Prozent ist die Deckelung der Pflegeheimplatzkosten wichtig, während sich 75 Prozent eine Vereinfachung des Leistungssystems wünschen. Die große Mehrheit (88 Prozent) der Befragten in Brandenburg erlebt es als ungerecht, nach langjähriger Einzahlung in die Pflegeversicherung bei Pflegebedarf nicht ausreichend abgesichert zu sein. 90 Prozent sind überzeugt, dass die Pflege für viele Menschen schlicht nicht mehr bezahlbar ist. 83 Prozent fürchten, durch die Kosten überfordert zu werden, sollten sie selbst pflegebedürftig werden (neun Prozent mehr als im Bundesschnitt). Drei Viertel der Menschen setzen Pflege mit einem Armutsrisiko für Pflegebedürftige und ihre Familien gleich.

Mehrheit fordert staatliche Zuschüsse zur finanziellen Absicherung

Um die Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung auf ein zukunftssicheres Fundament zu stellen, sieht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg den Staat in der Pflicht: Mehr als die Hälfte der Befragten (61 Prozent) findet, es sei ausschließlich Sache des Staates und der gesetzlichen Pflegeversicherung, einen Pflegebedarf abzusichern. 72 Prozent finden (16 Prozentpunkte mehr als im Bundesschnitt), es sollten staatliche Zuschüsse oder Steuermittel eingesetzt werden, um die Absicherung von Pflegebedürftigen sicherzustellen. 46 Prozent halten eine Beitragserhöhung für vermögende oder gutverdienende Menschen für den richtigen Weg. 39 Prozent finden,

Pressemeldung

BRANDENBURG

Stefan Poetig | Beuthstraße 6 | 10117 Berlin
Tel: 030 9819416-1127 | Mobil: 0173 2462071 | E-Mail: stefan.poetig@dak.de

Vermögende sollten im Pflegefall stärker an den Pflegekosten beteiligt werden. Ein klares Meinungsbild gibt es auch zur Überlegung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, eine private Pflegezusatzversicherung einzuführen: Nur eine Minderheit (17 Prozent) befürwortet dies.

Die DAK-Gesundheit ist mit 5,4 Millionen Versicherten, davon mehr als 250.000 in Brandenburg, die drittgrößte Krankenkasse Deutschlands. Aktuell beziehen davon rund 560.000 bundesweit Leistungen der Pflegekasse. Angebote zum Thema Pflege unter [Pflege: Tipps und Leistungen \(dak.de\)](#).